

16**81**

Union in Deutschland

Bonn, den 14. Mai 1981

Nach dem Wahlsieg in Berlin

Auftrag zur Regierungsbildung

Wir empfinden große Genugtuung über das großartige Abschneiden unserer Berliner Freunde bei der Wahl am 10. Mai. Es ist vor allem die Leistung von Richard von Weizsäcker, seiner Mannschaft und der ganzen Berliner CDU, aber es ist auch die Leistung im Zusammenwirken mit den Verantwortlichen der Bundespartei und aller Landesverbände. Dies stellte Helmut Kohl nach der Bundesvorstandssitzung am 11. Mai 1981 vor der Bonner Presse fest.

Wir haben uns ein hohes Ziel gesteckt, und wir hatten ja auch eine Ausgangsposition zu vertreten: eine Ausgangsposition, die in den Jahren 1975 bis 1979 dazu führte, daß wir stärkste, damals erstmals stärkste Partei wurden. Es war vor allem in jener Zeit eine Leistung von Peter Lorenz, der dann 1979 mit seiner persönlichen, kameradschaftlichen Entscheidung den Weg zur Kandidatur von Richard von Weizsäcker freimachte. Und ich bin sehr glücklich darüber, daß die Gesamtpartei diese Entscheidung mitgetragen hat.

Berlin ist traditionell alles andere als eine CDU-Hochburg. Wer das Ergebnis vernünftig gewichten will, muß einfach davon ausgehen, was er wohl

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ BERLIN-WAHL

Ergebnisse zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen

Seite 3—5

■ NAHER OSTEN

Gegen eine Politik ohne Augenmaß und Fingerspitzengefühl

Seite 6

■ SUBVENTIONS- ABBAU

Ein unzureichender Versuch, die Staatsverschuldung zu stoppen

Seite 11

■ ABC-WAFFEN

Unionsantrag fordert kontrollierte weltweite Abrüstung

Seite 13

■ DRITTE WELT

Mehr Hilfe für die Ärmsten der Armen

Seite 14

■ ENERGIE

Weitere Verzögerungen im Reaktorbau nicht mehr zu verantworten

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Die SPD und der Nachrüstungsbeschuß

grüner Teil

■ ÖFFENTLICH- KEITSARBEIT

Gesamtangebot

rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

gesagt hätte, wenn man vor einem halben Jahr eine Prognose gestellt hätte, daß die Christlichen Demokraten jetzt fast 48 Prozent der Stimmen erhalten würden. Um es vielleicht noch deutlicher zu machen: daß nach dem in Berlin geltenden Kommunalrecht von zwölf Bezirksbürgermeistern die CDU jetzt in zehn Stadtbezirken den Bürgermeister stellen wird.

Nur im Wedding und in Spandau sind wir nicht die stärkste politische Gruppe geworden, wobei wir selbst im Wedding — und das ist ein Menetekel für die deutschen Sozialdemokraten — zur Mandatsparität gekommen sind, die Sozialdemokraten aber einige Stimmen mehr haben.

Die Verluste der Koalition, die angetreten war, um die Regierungszeit, wie es auf den Plakaten hieß, des Vogel/Brunner-Senats zu verlängern, sind elementar. Und ich meine, daß der Anspruch Richard von Weizsäckers zu Recht besteht und ja auch von keiner Seite mehr bestritten wird, daß er nun mit unseren politischen Freunden in Berlin berufen ist, den neuen Senat zu bilden.

Wir können natürlich in dieser Stunde noch keine exakte Wahlanalyse vorlegen, aber wir waren uns im Parteivorstand alle einig darin, daß es Aufgabe einer sorgfältigen Analyse auch sein muß, zu beobachten, woher die Stimmen für die Alternative Liste gekommen sind. Dabei gehe ich davon aus, daß dies ein ähnlicher Fall ist wie etwa das Abschneiden der Grünen bei den Kommunalwahlen gerade jetzt in Hessen oder anderswo und daß bei den Wählern der Alternativen eine ganze Reihe von bedeutsamen Argumenten eine Rolle gespielt hat.

Eine Verneinung der Staatlichkeit dieser Republik bei den einen, aber auch eine Unzufriedenheit, über die man unter Offenheit und Gesprächsbereitschaft — ich denke an manchen jüngeren Wähler — in den demokratischen Parteien, die in der Verantwortung stehen, reden muß.

Insofern ist dieses Ergebnis eine Herausforderung an jede Partei und selbstverständlich an die Christlich Demokratische Union. Wir werden eine sehr sorgfältige Wahlanalyse in diesem Sinne anstellen.

Das Wählervotum ist, 93 Prozent der Wähler in Berlin haben dafür votiert, daß CDU, SPD oder FDP die Verantwortung übernehmen müssen. Und so finde ich es richtig, daß Richard von Weizsäcker jetzt die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten zu einem Gespräch dazu eingeladen hat, wie es in Berlin weitergehen soll.

Wenn im Verlauf dieses Wahlkampfes gesagt wurde, Berlin sei eine unregierbare Stadt, so habe ich es damals bestritten, und ich bestreite es heute. Es gibt keine unregierbaren Städte. Es gibt höchstens Politiker, die unfähig sind, Städte zu regieren. Es wäre ein krasses Versagen der demokratischen Parteien und der demokratischen Institution, wenn sich angesichts dieses Wahlergebnisses nicht eine Lösung finden ließe, um einen kraftvollen, arbeitsfähigen Senat ins Amt zu bringen. Jeder muß sich darüber im klaren sein, was es für Folgen hätte, wenn die Demokratie hier versagt. Aus dem Blickpunkt des Wählers würde sie versagen, wenn in dieser Situation kein Senat zustande käme, wenn man den Ausweg etwa in Neuwahlen sähe.

Den Vorrang muß das Wohl der Stadt, das Wohl des Landes und nicht irgend-

■ BERLIN-WAHL / ERGEBNISSE

Vorläufiges Endergebnis der Wahl zum Abgeordnetenhaus

	1981	1979
Wahlberechtigte	1 511 328	1 530 691
Abgegebene Zweitstimmen	1 292 540 (85,5 %)	1 310 553 (85,7 %)
Gültige Zweitstimmen	1 261 913	1 284 596

Parteien	1981			1979		
	Zweitstimmen	%	Sitze	Zweitstimmen	%	Sitze
CDU	605 007	47,9	65	570 174	44,4	63
SPD	484 024	38,4	52	548 060	42,7	61
FDP	70 423	5,6	7	103 609	8,1	11
SEW	8 216	0,7	—	13 744	1,1	—
AL	90 522	7,2	9	47 642	3,7	—
Sonstige	3 721	0,3	—			

ein parteiliches Interesse haben. Und deswegen kann ich nur an alle Verantwortlichen in Berlin und in den Bundesparteien appellieren, ihren Beitrag zu leisten, damit in Berlin eine vernünftige, eine sachgerechte Lösung zustande kommt, d. h. ein tragfähiger, entscheidungsfähiger Senat gebildet werden kann, der die Probleme der Stadt auch angeht.

Richard von Weizsäcker
erklärte vor der Berliner Presse:

Der Wähler hat gesprochen. Das Wahlergebnis zeigt eindeutig, daß die Regierung in Berlin nur von der CDU gebildet werden kann. Ich werde deshalb für das Amt des Regierenden Bürgermeisters kandidieren.

Wir werden von uns aus an die beiden

anderen demokratischen Parteien herantreten, die ebenso wie wir erklärt haben, daß sie nicht mit der Alternativen Liste koalieren wollen. Dann werden wir zu zeigen haben, daß der Auftrag und die Verpflichtung in einem parlamentarisch-demokratischen Gemeinwesen nicht darin besteht, die Parteikämpfe nach dem Wahlkampf fortzusetzen, sondern als erstes dem Gemeinwesen eine Regierung zu geben.

Für diese Gespräche, zu denen wir einladen, werden wir bereits heute diejenigen Personen festlegen, die von unserer Seite daran teilnehmen.

Im übrigen gilt der Grundsatz, daß derartige Gespräche am besten dann geführt werden, wenn man sie nicht von vornherein durch öffentlich abgegebene Erklärungen belastet.

Vorläufige Endergebnisse der Wahl zu den Bezirksverordnetenversammlungen

Ergebnisse 1979 in Klammern

Tiergarten:

CDU	42,4 %	(41,6 %)
SPD	37,4 %	(43,7 %)
FDP	4,5 %	(6,9 %)
AL	12,4 %	6,0 %)
SEW	1,0 %	(1,7 %)
GLB	0,5 %	(—)

Wedding:

CDU	42,2 %	(38,7 %)
SPD	44,1 %	(50,5 %)
FDP	3,8 %	(5,6 %)
AL	7,3 %	(3,7 %)
SEW	0,9 %	(1,3 %)
GLB	0,4 %	(—)

Kreuzberg:

CDU	39,6 %	(37,7 %)
SPD	37,8 %	(46,8 %)
FDP	3,8 %	(5,6 %)
AL	15,8 %	(7,6 %)
SEW	1,2 %	(2,1 %)
GLB	0,5 %	(—)

Charlottenburg:

CDU	47,1 %	(46,1 %)
SPD	35,2 %	(41,0 %)
FDP	4,7 %	(7,0 %)
AL	10,9 %	(4,7 %)
SEW	0,6 %	(1,1 %)
GLB	0,5 %	(—)

Spandau:

CDU	43,4 %	(39,7 %)
SPD	44,7 %	(48,3 %)
FDP	4,4 %	(7,6 %)
AL	5,0 %	(1,9 %)
SEW	0,4 %	(0,7 %)
GLB	0,8 %	(—)

Wilmerdorf:

CDU	50,3 %	(49,4 %)
SPD	31,1 %	(35,5 %)
FDP	5,7 %	(8,9 %)
AL	10,9 %	(5,1 %)
SEW	0,6 %	(1,0 %)
GLB	0,6 %	(—)

Zehlendorf:

CDU	52,7 %	(49,5 %)
SPD	25,7 %	(29,1 %)
FDP	4,6 %	(6,8 %)
AL	6,7 %	(—)
SEW	0,4 %	(0,7 %)
WUB	9,3 %	(13,8 %)

Schöneberg:

CDU	43,6 %	(42,6 %)
SPD	34,7 %	(40,3 %)
FDP	5,1 %	(8,1 %)
AL	14,1 %	(7,1 %)
SEW	0,9 %	(1,6 %)
GLB	0,6 %	(—)

Steglitz:

CDU	50,9 %	(48,7 %)
SPD	32,1 %	(36,1 %)
FDP	6,2 %	(9,6 %)
AL	8,5 %	(4,7 %)
SEW	0,6 %	(1,0 %)
GLB	0,8 %	(—)

Tempelhof:

CDU	51,3 %	(47,4 %)
SPD	36,5 %	(41,6 %)
FDP	4,7 %	(7,3 %)
AL	5,5 %	(2,8 %)
SEW	0,5 %	(0,8 %)
GLB	0,5 %	(—)

Neukölln:

CDU	45,4 %	(41,1 %)
SPD	41,3 %	(48,0 %)
FDP	4,1 %	(6,3 %)
AL	6,7 %	(3,2 %)
SEW	0,8 %	(1,2 %)
GLB	0,5 %	(—)

Reinickendorf:

CDU	47,9 %	(43,2 %)
SPD	40,7 %	(46,7 %)
FDP	4,4 %	(6,6 %)
AL	4,9 %	(2,7 %)
SEW	0,6 %	(0,9 %)
GLB	0,6 %	(—)

Vorläufige Mandatsverteilung in den 12 Bezirksverordnetenversammlungen

Ergebnisse 1979 in Klammern

Tiergarten:

CDU	21	(19)
SPD	18	(21)
FDP	—	(3)
AL	6	(2)

Wedding:

CDU	21	(19)
SPD	21	(24)
FDP	—	(2)
AL	3	(—)

Kreuzberg:

CDU	19	(18)
SPD	19	(22)
FDP	—	(2)
AL	7	(3)

Charlottenburg:

CDU	23	(22)
SPD	17	(20)
FDP	—	(3)
AL	5	(—)

Zehlendorf:

CDU	26	(23)
SPD	12	(13)
FDP	—	(3)
AL	3	(—)
WUB	4	(6)

Tempelhof:

CDU	25	(22)
SPD	18	(20)
FDP	—	(3)
AL	2	(—)

Spandau:

CDU	21	(19)
SPD	22	(23)
FDP	—	(3)
AL	2	(—)

Schöneberg:

CDU	21	(20)
SPD	16	(19)
FDP	2	(3)
AL	6	(3)

Neukölln:

CDU	22	(19)
SPD	20	(23)
FDP	—	(3)
AL	3	(—)

Wilmerdorf:

CDU	24	(23)
SPD	14	(16)
FDP	2	(4)
AL	5	(7)

Steglitz:

CDU	24	(24)
SPD	15	(17)
FDP	2	(4)
AL	4	(—)

Reinickendorf:

CDU	24	(20)
SPD	21	(22)
FDP	—	(3)
AL	—	(—)

Ergebnis der Wahlen zum Abgeordnetenhaus seit 1950

Parteien	1950	1954	1958	1963	1967	1971	1975	1979	1981
CDU	24,6	30,4	37,7	28,8	32,9	38,2	43,9	44,4	47,9
SPD	44,7	44,6	52,6	61,9	56,9	50,4	42,6	42,7	38,4
FDP	23,0	12,8	3,8	7,9	7,1	8,5	7,1	8,1	5,6
SED-W (SEW)	—	2,7	1,9	1,4	2,0	2,3	1,8	1,1	0,7
AL	—	—	—	—	—	—	—	3,7	7,2
Sonstige	7,7	9,5	4,0	—	1,1	0,6	4,6	0,1	0,3

Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus seit 1950

Partei	1950	1954	1958	1963	1967	1971	1975	1979	1981
CDU	34	44	55	41	47	54	69	63	65
SPD	61	64	78	89	81	73	67	61	52
FDP	32	19	—	10	9	11	11	11	7
AL	—	—	—	—	—	—	—	—	9
Abgeordneten- haus	127	127	133	140*)	137*)	138*)	147*)	135*)	133*)

*) einschließlich Überhang- und Ausgleichsmandate

■ NAHER OSTEN

Gegen eine Politik ohne Augenmaß und Fingerspitzengefühl

Die dramatische Verschlechterung der deutsch-israelischen Beziehungen ist erschreckend. Die CDU/CSU weist Inhalt und Stil der Vorwürfe des israelischen Ministerpräsidenten zurück. Sie sind maßlos überzogen, stellte Helmut Kohl im Deutschen Bundestag fest.

Wir stellen aber ebenso unmißverständlich fest, daß der Bundeskanzler für diese Entwicklung entscheidende Mitverantwortung trägt. Die Art und Weise, wie seit einem Jahr die Gespräche mit den Verantwortlichen in Saudi-Arabien geführt werden, mußte dazu führen, daß das Verhältnis sowohl zu Saudi-Arabien wie zu Israel als auch die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland selbst erheblich belastet werden.

Die internationale Glaubwürdigkeit wie das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung haben Schaden genommen. Und wenn der Bundeskanzler in einem vertraulichen Gespräch mit der Fraktionsspitze der CDU/CSU selbst auf direktes Befragen wichtige internationale Zusagen verschweigt und dann später öffentlich zugeben muß, zerstört dies das gegenseitige Vertrauen, sagte Helmut Kohl in der Debatte.

Die Freundschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel ist ein wertvolles Gut der gesamten deutschen Nation. Es hat nach all

dem, was geschehen war, viele Jahre gedauert, diese Freundschaft unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard zu begründen und zu festigen. Diese Freundschaft darf nicht durch eine Politik ohne Augenmaß und Fingerspitzengefühl mutwillig gefährdet werden.

Deshalb will ich doch etwas sagen als der Führer der Opposition im Deutschen Bundestag zu den maßlosen und bedauerlichen Ausfällen des israelischen Ministerpräsidenten: Im Wahlkampf geschieht manches. Aber auch die Wahlkampfsituation in Israel ist in keiner Weise eine Entschuldigung für diese Äußerungen.

Ich will hier nachdrücklich sagen, daß wir, die CDU/CSU — und ich glaube, in diesem Falle darf ich wahrscheinlich im Namen der großen Mehrheit der Kollegen aller Fraktionen sprechen — diese Angriffe auf den frei gewählten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland entschieden zurückweisen.

Diese Form der persönlichen Herabsetzung und Diffamierung ist ein unerträglicher und unmöglicher Umgangston im internationalen Bereich und vor allem unter befreundeten Ländern.

Gerade am heutigen Tag, dem Jahrestag, dem Geburtstag des Staates Israel, ist dieser Vorgang bedrückend und traurig, für die Älteren, die die Reichskristallnacht noch erlebt haben und sich damals geschworen haben — auch im anderen Teil Deutschlands —: „Das

darf nie wieder passieren“, und für die vielen Jüngeren und Jungen, die eine besonders herzliche Sympathie für das Volk und den Staat Israel besitzen und die es beinahe physisch verspüren, wie schrecklich diese Entwicklung im Nahen Osten ist, daß wir, die Deutschen, die eine geschichtlich begründete, traditionelle Freundschaft zu der arabischen Welt besitzen, die wissen, daß unsere Kultur, unsere Wissenschaft unendlich viel aus diesem Austausch mit der arabischen Welt im Laufe der Geschichte gewonnen haben, diese Freundschaft erhalten wollen, aber daß wir von Herzen wünschen, daß die neugewonnene Freundschaft mit dem Volke und dem Staate Israel dadurch auch möglich ist.

Das ist kein feiges Wegdrücken von internationaler Verantwortung. Aber wenn man einen alten Freund hat und gewinnt einen neuen hinzu, ist es auch im menschlichen Leben nicht zumutbar, den einen zugunsten des anderen zu opfern. Deswegen leiden wir, obwohl weit entfernt von dieser Region, nach der Zahl der Kilometer, vielleicht mehr — aus dieser besonderen geschichtlichen Situation heraus — unter dieser Entwicklung.

Und ich füge hinzu: Wir alle — ohne Ausnahme — in diesem Hause tragen schwer an der Last der Geschichte. Zu unserer Geschichte, zur Geschichte der Deutschen, gehören großartige Kapitel und schreckliche Taten, gehört Auschwitz, gehören Dachau und Treblinka, gehört auch der Respekt vor dem Manne Begin, der in seiner Familie Entsetzliches erlebt hat — auch das füge ich hinzu. Und ich möchte mir versagen, einen Hinweis zu geben, was man nach einem solchen Leben in einem konkreten Handlungsvorgang erwarten kann.

Wir alle wissen, daß Verbrechen und Mord und Not und Tränen und Leid sich nicht materiell wiedergutmachen lassen, aber wir dürfen sagen — weil es eine geschichtliche Leistung der Deutschen ist —, daß sich alle Menschen guten Willens in unserem Lande nach dem Kriege zusammengefunden haben, um eine neue Seite, ein neues Kapitel im Buch der Geschichte aufzuschlagen.

Der Wille zur Wiedergutmachung war für uns alle immer ein Wille zu einem neuen Anfang mit dem Volk und dem Staat Israel in einem friedlichen und freundschaftlichen Miteinander. Vor allem war und ist es der Wille der jungen Generation. Ich bin immer wieder sehr froh darüber, wenn ich in den Arbeitsbilanzen unserer Partei sehe — das ist bei den anderen demokratischen Parteien nicht anders —, daß innerhalb des Kontingents der Auslandsreisen der Jungen Union, der Schülerunion und des RCDS die Reisen und der Austausch in Gruppen nach und aus Israel Jahr für Jahr an der Spitze stehen. Das ist deutsche Realität 1981.

Gerade wegen dieser Äußerungen aus Israel — aber nicht nur deswegen, sondern auch wegen der Reaktionen und Reflektionen dort darauf — will ich darauf hinweisen, daß man nicht vergessen darf, daß 1981 über 60 % der heute in unserem Lande lebenden Menschen nach Hitler geboren sind. Pauschalurteile über die mittlere und ältere Generation, die in jenen Jahren lebte, sind daher unerträglich.

Kollektivurteile sind immer falsch; sie sind ungerecht und vor der Geschichte nicht haltbar. Wer heute, 36 Jahre nach dem Ende Hitlers, sagt: „Ich will nicht die Hand eines Deutschen ergreifen, der am Krieg teilgenommen hat“, der mag das für sich persönlich aus seiner

Lebenserfahrung sagen können. Den Staatsmann, den verantwortlichen Politiker muß man fragen dürfen: Ist das der Weg, auf dem wir uns um des Friedens willen aufeinander zubewegen müssen?

Mit diesem Satz — lassen Sie mich auch das ganz offen sagen — wird Jahrzehnte nach Hitler erneut der Versuch unternommen, eine Kollektivschuld der Deutschen zu konstruieren, die vor den geschichtlichen Tatsachen dieses Jahrhunderts und vor der Geschichte unseres Volkes nicht haltbar und für uns unerträglich ist.

Das Abschlußkommuniqué der NATO-Außenministertagung ist ein Dokument, das wir alle unterschreiben können, und zwar Wort für Wort, erklärte Manfred Wörner im Deutschen Bundestag.

Wir zweifeln auch nicht an den guten Absichten dieser Regierung. Woran wir zweifeln müssen, ist, daß der Kanzler und der Außenminister noch die Fähigkeit besitzen, das, was sie für richtig erkannt haben, in die Praxis umzusetzen. Daran sind auf Grund der Entwicklungen in ihren beiden Parteien größte Zweifel berechtigt.

Für die CDU/CSU gibt es keinen Zweifel: Wir sind für Verhandlungen mit der Sowjetunion. Daher begrüßen wir es, daß sich die NATO in Rom auf einen Verhandlungszeitplan festgelegt hat. CDU und CSU wünschen den Dialog mit der Sowjetunion. Allerdings wollen wir ihn sorgfältig vorbereitet und im Westen abgestimmt haben, so daß er zum Erfolg führen kann. Denn der Erfolg der Verhandlungen ist ausschlaggebend, nicht unbedingt ihr Beginn. Auch sind wir für den Doppelbeschluß der NATO in seinen beiden Teilen. Das heißt allerdings auch, daß die CDU/CSU auch für

■ ARBEITSMARKT

4,5 Mrd. mehr für Arbeitslosengeld

Die neuesten Arbeitsmarktdaten belegen, daß die extrem hohe Arbeitslosigkeit vor allem strukturelle Ursachen hat und nur zum geringeren Teil konjunkturell bedingt ist, erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, MdB Heinz Franke.

Es ist offenkundig, daß die derzeitige unhaltbare Situation die Folge einer seit Jahren falschen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der SPD/FDP-Koalition und der von ihr getragenen Regierung ist.

Es ist absehbar, daß die Bundesregierung

— die Finanzhilfen an die Bundesanstalt für Arbeit über die Haushaltsansätze hinaus in diesem Jahr um etwa zusätzliche 4,5 Mrd. DM aufstocken muß, um allein die Arbeitslosengeldansprüche zu realisieren.

— voraussichtlich auch den Ansatz im Bundesetat für Arbeitslosenhilfe von 2,42 Mrd. DM um einige hundert Millionen DM aufstocken muß.

die Nachrüstung ist. Denn nur die Nachrüstung kann den Frieden sichern und die Basis für erfolgreiche Rüstungskontrollverhandlungen sein.

Wer Abrüstung will, darf sich nicht in eine Position der Schwäche begeben; denn sonst wird wirkliche kontrollierte und wechselseitige Abrüstung niemals erreicht. Das Signal von Rom findet unsere Zustimmung.

■ INFORMATION / KOALITION

Abscheu über den Mord an Heinz-Herbert Karry

Wir alle sind tief erschüttert und betroffen von dem feigen Mord an Heinz-Herbert Karry, der den meisten von uns und auch mir persönlich durch viele lange Jahre verbunden war; den wir kennengelernt haben über das eigene Parteilager hinaus als einen aufrechten Demokraten und deutschen Patrioten, einen Mann, der sich nicht gescheut hat, auch Unbequemes, wenn er es für richtig gehalten hat, zu sagen und zu tun. Dies erklärte Helmut Kohl vor der Presse in Bonn. Heinz-Herbert Karry hat in den letzten Wochen und Monaten schwer darunter gelitten, daß er im Zusammenhang mit wichtigen politischen Entscheidungen, die er für richtig hielt und für die er geradestand, in einer beinahe gespenstischen Weise öffentlich verleumdet wurde.

Dieser Mord signalisiert eine Entwicklung, die jeden in unserem Lande aufrütteln muß. Wenn blanker Mord zum Ausdruck politischer Taten wird, dann stellt sich schon die Frage, ob es tatsächlich noch stimmt, daß Bonn nicht Weimar sei. Ich finde, in diesem Augenblick muß jeder sich fragen, was er tun kann, um seinen Beitrag zu leisten zur politischen Vernunft und zur politischen Kultur zurückzukehren. Ich habe im Auftrag meiner politischen Freunde Frau Karry, ihrer Familie und der Freien Demokratischen Partei unsere Anteilnahme übermittelt.

Helmut Kohl gratuliert Mitterrand

Helmut Kohl hat dem neuen französischen Staatspräsidenten François Mitterrand auch im Namen der Christlich Demokratischen Union gratuliert. In dem Telegramm schreibt Kohl: Ich bin fest davon überzeugt, daß sich unter Ihrer Amtsführung die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland weiterhin zum Wohle unserer beiden Länder und zur Festigung der Völkergemeinschaft der freien westlichen Welt entwickeln werden.

Arbeitsschwerpunkte der Bundestagsfraktion

Bis zur Sommerpause hat sich die CDU/CSU im Bundestag eine Reihe von Schwerpunkten gesetzt. Wie Helmut Kohl vor der Fraktion am 5. Mai mitteilte, sollen folgende Bereiche bis dahin in die parlamentarischen Beratungen eingebracht werden:

1. Initiative zur Förderung des Mietwohnungsbaus.
2. Mit einem Antrag zum Thema Sicherheitspolitik und Nachrüstung wird die Regierung unter Beweiszwang gestellt. Hier muß sichtbar werden, ob die SPD-Fraktion die Linie des Kanzlers oder die Strategie von Eppler unterstützt.
3. Energiepolitik; wir sind nicht bereit, uns mit der wortreichen Untätigkeit dieser Bundesregierung abzufinden.
4. Unmittelbar vor der Sommerpause findet die Haushaltsdebatte statt. Die Union wird darauf drängen, daß endlich klare Prioritäten gesetzt werden, weil sich angesichts der beträchtlichen Anhebung der Neuverschuldung auf annähernd 35 Milliarden Mark zeigt, wie unseriös, wie leichtfertig und unredlich

die Haushalts- und Finanzpolitik dieser Regierung zusammengeschustert war. 5. Am 17. Juni soll die Große Anfrage der CDU/CSU zur Deutschlandpolitik debattiert werden.

Heidelberger OB tritt aus der SPD aus

Der Heidelberger Oberbürgermeister Reinhold Zundel hat zum 31. Mai seinen Austritt aus der SPD erklärt. Zundel begründete den Parteiaustritt mit der Enttäuschung über derzeitige sozialdemokratische Politik. Nach Angaben Zundels hat er die zuständigen Parteigremien bereits am 22. April über seinen Schritt informiert. In Anbetracht des Berliner Wahlkampfes habe er mit der öffentlichen Bekanntgabe bis jetzt gewartet.

„Ich bin nicht mehr für falsche Solidarität, wenn Wohnungsbaupolitik nicht stattfindet, Wissenschaftspolitik praktisch nicht mehr zu finden ist, wesentlich verstärkte Grundlagenforschung im Vergleich zu den Weltstandards als Zukunftsaufgabe mit ihrer Arbeitsplatzsicherung praktisch verschwiegen und die tatsächlichen Probleme grundlegend veränderter Bedingungen unserer Zukunft mit den Konsequenzen für unser Land nicht deutlich und öffentlich verständlich erörtert werden.“ Mit diesen Worten begründet der 51jährige seinen Austritt.

Zundel gehört der SPD seit 18 Jahren an. Seit 1966 ist er Oberbürgermeister von Heidelberg. Seine Amtsperiode läuft 1984 aus.

Neuer CDU-Sprecher

Zum neuen Sprecher der Partei hat Helmut Kohl Walter von Tiesenhausen ernannt. Von Tiesenhausen war seit dem 1. Mai 1980 Referent in der Presse- und

Informationsstelle der Landesregierung Schleswig-Holstein. Davor arbeitete der 40jährige Journalist in Frankfurt und Bonn, unter anderem von 1965 bis 1980 als Bonner Korrespondent verschiedener Tageszeitungen. Von Tiesenhausen war ferner als freier Mitarbeiter für Zeitschriften sowie Rundfunk- und Fernsehanstalten tätig.

Soldaten brauchen geistliche Wegbegleitung

Soldaten brauchen die geistliche Wegbegleitung, ohne die sie ihren schweren Dienst zum Schutz des Friedens in Freiheit nicht tun können, schreibt Helmut Kohl in einem Grußtelegramm aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Evangelischen Militärseelsorge. Denn die Pazifismusdiskussionen, die in Teilen unserer Gesellschaft und den Kirchen zunehmend mit der Tendenz geführt werden, als christlich nur noch den Dienst ohne Waffe anzusehen, seien für viele Soldaten zu einer schweren Belastung geworden, heißt es in dem Schreiben Kohls an die Gesamtkonferenz Evangelischer Militärpfarrer. Deshalb sei die Militärseelsorge für die Soldaten der Bundeswehr gerade in diesen Tagen wichtiger denn je.

Osten wirbt für Kernenergie

Die Sowjets geben sich der Kernenergie gegenüber unbefangen. Die Ausstellung „Kernenergiewirtschaft der UdSSR“ in Ost-Berlin steht unter dem Motto: „Die Kernenergie ist, wie allgemein anerkannt, eine Energiequelle, die der Menschheit für lange Zeit dienen wird. Die Kernenergiewirtschaft ist heute die einzige zuverlässige Alternative für die klassische Energetik bei der gegenwärtigen Entwicklung der Energiebasis der Industriestaaten.“

■ SUBVENTIONSABBAU

Ein unzureichender Versuch, die Staatsverschuldung zu stoppen

In der Schlußabstimmung zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zum Subventionsabbau enthielt sich die CDU/CSU der Stimme. Die Union begrüßt den Versuch der Bundesregierung, die Ausgaben des Bundeshaushaltes zu senken. Eine langfristige Sanierung des Haushaltes ist aber nur dann möglich, wenn zunächst und vordringlich die Ausgaben gesenkt werden, bevor über eine weitere Anhebung der Abgaben diskutiert wird.

Die CDU/CSU kann aus diesen Gründen dem sog. „Subventionsabbaugesetz“ nicht zustimmen. Das Gesetz, das mit einem Subventionsabbau nur sehr wenig zu tun hat, ist ein Gesetz zur Verteuerung der Lebensverhältnisse und zur Erhöhung der Telefongebühren, erklärte MdB Ludolf von Wartenberg in der Debatte im Deutschen Bundestag.

Die Bundesregierung greift willkürlich und unsystematisch Bereiche heraus, in denen sie Mehreinnahmen bzw. Minder Ausgaben realisieren möchte. Nach dem „Gesetz des geringsten Widerstandes“ werden z. B. das bundeseigene Postmonopol angezapft, die Benutzer des öffentlichen Personennahverkehrs und die Prämiensparer zur Ader gelassen.

Obwohl angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage und der hohen

Staatsverschuldung ein Subventionsabbau für notwendig gehalten wird, votiert die Union mit ihrer Stimmenthaltung gegen diese Konzeptionslosigkeit des Maßnahmenpaketes.

SPD und FDP haben bereits die baldige Vorlage eines 2. Subventionsabbaugesetzes angekündigt und offenbaren damit, wie wenig sie selbst von diesem ersten Ansatz überzeugt sind. Von Anfang an hielten die Unionsparteien das Subventionsabbaugesetz für einen gänzlich unzulänglichen Versuch, die starke Staatsverschuldung zu stoppen. Dennoch konnte die CDU/CSU in den Ausschußberatungen die Koalitionsparteien zu keinem Kompromiß bewegen. In der Furcht, das ganze Gesetz wegen der Einwände der Union gegen eine Vielzahl der Einzelvorschriften nicht halten zu können, wurden alle Gegenargumente ignoriert.

Im Mittelpunkt der Kritik der CDU/CSU stehen folgende Punkte:

Telefonsteuer

Über die „Erhöhung des Ablieferungssatzes der Post“ will die Koalition den größten Brocken für ihre leeren Haushaltskassen abzwängen: 10% der Betriebseinnahmen der Post sollen 1981 abgeführt werden. Dies entspricht etwa 1,3 Mrd. DM. Als Eigentümer der Bundespost will der Bund die höchstmögliche Monopolrente einstreichen. Die Post wird deshalb bald gezwungen sein, ihre Gebühren zu erhöhen, um

den ihr aufgezwungenen Vorschriften nachkommen zu können. Die Telefonkunden, die ohnehin schon die höchsten Gebühren in der Welt bezahlen, werden dann zusätzlich für die verfehlte Finanzpolitik der Bundesregierung bezahlen müssen.

Öffentlicher Personennahverkehr

Die Streichung der Gasölbetriebsbeihilfe für den öffentlichen Personennahverkehr soll dem Bund in den nächsten Jahren Einsparungen in Höhe von 315 Mio. DM bescheren. Tarifierhöhungen von bis zu 20 % werden den Benutzern öffentlicher Verkehrsmittel ins Haus stehen. Wie kann die Koalition diese Maßnahmen glaubwürdig vertreten, wenn sie noch vor knapp zwei Monaten die Mineralölsteuer erhöhte, um damit auch Umsteigereffekte auf öffentliche Verkehrsmittel zu beschleunigen? Diese konzeptionslose Verkehrspolitik aus kurzfristigen fiskalischen Gründen führt über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu einer Belastung des ländlichen Raumes zugunsten der Ballungsgebiete.

Sparzinsen

Das Prädikat „unausgewogen und willkürlich“ erteilt die Union für das Ansinnen von SPD und FDP, die Sparprämien zu kappen. Bezieher kleiner Einkommen, die in den Genuß der Prämie kamen, müssen sich verkauft vorkommen von einer Partei, die sonst für sich allein proklamiert, die Interessen der Arbeitnehmer angemessen vertreten zu können.

Sparkassenprivileg

Zusammenhangslos in den Raum gestellt ist auch die vorgesehene Beseitigung des ermäßigten Körperschaftsteuersatzes für Sparkassen und Kreditgenossenschaften. Bei dieser über-

eilten Maßnahme erfolgte keine vorherige Beratung über die Auswirkungen auf die Eigenkapitalbildung der Sparkassen. Da in Kürze die 4. Kreditwesennovelle diskutiert werden muß, hätte dieser Punkt bald in einem Gesamtzusammenhang behandelt werden können.

Haushaltsentlastungen in Höhe von 1,8 Mrd. DM für 1981 und 2,2 Mrd. DM für 1982 soll das Subventionsabbaugesetz für den Bund bringen. Angesichts der mindestens zu erwartenden Neuverschuldung des Bundes in Höhe von 35 Mrd. DM, deren jährliche Zinslasten schon 2,8 Mrd. DM (bei einem Zinssatz von 8 %) betragen, ist das Gebaren des Finanzministers eher grotesk, naiv und hilflos.

Die Zahlungsverhältnisse verdeutlichen die abenteuerliche Finanzpolitik der letzten Jahre und den völlig unzulänglichen Versuch, durch das „Subventionsabbaugesetz“ die Staatsverschuldung zu stoppen.

Die Post sollte durchleuchtet werden

Die Ankündigung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundespostministerium, Kurt Becker, einer notwendigen Erhöhung der Postgebühren bereits zum Jahresende verlange, wie der zuständige Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gerhard Pfeffermann erklärte, eine umgehende Behandlung im Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen. Neben geplanter Gebührenerhöhung und den Auswirkungen der erhöhten Ablieferung sollen die künftige wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der DBP, die voraussichtliche Entwicklung der Leistungs- und Kostenrechnung insbesondere im Postwesen diskutiert sowie ein Überblick über die Postgebühren im internationalen Vergleich gegeben werden.

■ ABC-WAFFEN

Unionsantrag fordert kontrollierte weltweite Abrüstung

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat mit ihrem Antrag vom 24. Februar 1981 eine Debatte über drängende Fragen der kontrollierten Abrüstung der biologischen, chemischen und atomaren Waffen initiiert.

Mit diesem Antrag fordert die Union — wie MdB Alois Mertes erklärte — die Bundesregierung auf,

— den bereits am 10. April 1972 unterzeichneten Vertrag über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von B-Waffen (bakteriologische/biologische Waffen) sowie über die Vernichtung vorhandener Waffen dieser Art unverzüglich zu ratifizieren und auf eine wirksame internationale Kontrolle der bereits geltenden B-Waffen-Verbote zu drängen;

— ferner im Genfer Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen den baldigen Abschluß eines Vertrages über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von C-Waffen (chemischen Waffen) sowie die Vernichtung vorhandener Waffen dieser Art und eine wirksame internationale Kontrolle des C-Waffen-Verbots zu fordern.

Die CDU/CSU lenkt damit die Aufmerksamkeit auf die verheerenden B- und C-Waffen, die im öffentlichen Bewußtsein hinter den Problemen der atomaren Rüstung zurücktreten. Im Genfer Abrüstungsausschuß der UNO wird seit

Jahren über das totale und kontrollierte Verbot chemischer Waffen verhandelt. Aber ein Abkommen ist nicht in Sicht, weil die Sowjetunion sich gegen die Offenlegung ihrer chemischen Waffen-vorräte sträubt. Statt dessen ist sie dabei, sich auch auf diesem Gebiet ein friedensbedrohendes Übergewicht zu verschaffen und diese Massenvernichtungswaffen gegen das afghanische Volk einzusetzen.

Die Einhaltung des 1972 unterzeichneten B-Waffen-Verbotsvertrages wiederum ist mangels einer bisher am Widerstand der Sowjetunion gescheiterten Kontrollklausel noch nicht überprüfbar. Dies zeigt erneut, daß naives Vertrauen auf sowjetische Abrüstungsrhetorik nicht geeignet ist, die Menschheit vor der Horror-Vision heimtückischer Massenvernichtungswaffen zu bewahren. Nur konkrete und überprüfbare Abrüstungsschritte führen weiter.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits 1955 unter Konrad Adenauer freiwillig auf atomare, bakteriologische und chemische Waffen völkerrechtlich wirksam verzichtet und der Überwachung dieser Verpflichtung zugestimmt. Sie hat deshalb ein gutes Recht, für die weltweite totale und kontrollierte Abrüstung auf diesen Gebieten besonders aktiv einzutreten. An dieses Recht und diese Pflicht erinnert die Union die Bundesregierung in ihrem Antrag nachhaltig.

■ DRITTE WELT

Mehr Hilfe für die Ärmsten der Armen

Die Union macht die Nord-Süd-Kooperation zu einem Schwerpunkt ihrer Politik. Entgegen dem zunehmenden entwicklungspolitischen Defätismus setzt die Opposition auf die Fähigkeit der Menschen, die Herausforderung des Massenelends in der Dritten Welt anzunehmen.

In der Beratung des CDU/CSU-Antrages „Hilfsmaßnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder“ im Deutschen Bundestag erklärten die CDU-Abgeordneten Leni Fischer und Winfried Pinger u. a.: 800 Millionen Menschen auf der Welt zählen heute zu den absolut Armen. Diese Zahl hat trotz der 140 Milliarden DM öffentlicher und privater deutscher Mittel für die Entwicklungshilfe zugenommen. Deshalb meint die Union, daß die zur Verfügung stehenden Gelder für Hilfsmaßnahmen in den am wenigsten entwickelten Ländern verwandt werden sollen.

In den vergangenen Jahren haben wir die Bundesregierung immer wieder aufgefordert, ihre Entwicklungshilfe verstärkt in den ärmsten Entwicklungsländern zu leisten. Der prozentuale Anteil der Förderung der am wenigsten entwickelten Länder an der gesamten bilateralen Hilfe ging jedoch von 1976 bis 1979 bei den Auszahlungen nicht über 22 % hinaus. Somit steht fest, daß von einer gezielten und kontinuierlichen Steigerung der Hilfe für die ärmsten

Entwicklungsländer nicht die Rede sein kann.

Die CDU/CSU wiederholt deshalb ihre Aufforderung, den prozentualen Anteil der Entwicklungshilfe für die ärmsten Entwicklungsländer wirksam und fühlbar zu steigern. Arme brauchen ausreichende und weniger einseitige Nahrung, erträglichen Wohnraum, Kleidung, Arbeit, elementare Bildung, einfachen Gesundheitsdienst und ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit.

Die CDU/CSU fordert: Das deutsche Instrumentarium für eine rasche, sichtbare und kurzfristig wirksame Hilfeleistung sollte zwischen dem Bund, den Ländern und den nichtstaatlichen Trägerorganisationen geschaffen werden. Weiterhin fordert die CDU/CSU, daß sich an eine geleistete Soforthilfe Maßnahmen zur Einleitung und Anleitung zur Selbsthilfe anschließen müssen. Auch hier muß das Leistungsvermögen nichtstaatlicher Trägerorganisationen eingeschaltet, gebührend berücksichtigt und genutzt werden.

Die Entwicklungspolitik der letzten 20 Jahre hat die Menschen in den Ländern der Dritten Welt und Vierten Welt kaum erreicht. Man schätzt, daß im letzten Jahr etwa 14 bis 15 Mill. Kinder dieser Welt verhungerten. Auch hier gilt es, verstärkte Hilfe anzusetzen.

Allerdings muß auch gesagt werden, daß es in den ärmsten Ländern durchaus Beispiele von äußerst wirkungsvollen deutschen Projekten gibt. Diese findet man jedoch bisher nur vereinzelt und fast zufällig. Solche bewährten Projekte sollten systematisch auf- und ausgebaut und auf möglichst viele Länder ausgedehnt werden.

■ ENERGIEPOLITIK

Weitere Verzögerungen im Reaktorbau nicht zu verantworten

Nach einer gemeinsamen Sitzung von Energie-Experten der Union aus Bund und Ländern („Ad-hoc-Gruppe Energiepolitik“) erklärten der Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, Jürgen Westphal, und der energiepolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, MdB Heinz Riesenhuber, daß es unbedingt erforderlich sei, die beiden fortgeschrittenen Reaktorlinien — Hochtemperaturreaktor und Schneller Brutreaktor — weiterzuführen.

Dabei geht es aktuell um die zügige Fertigstellung der Versuchsanlagen zum SNR 300 in Kalkar sowie THTR 300 in Schmehausen. Die Bundesregierung und das Land Nordrhein-Westfalen haben Sorge dafür zu tragen, daß die Genehmigungsverfahren zu beiden Versuchsanlagen so zügig durchgeführt werden, daß künftig weitere Verzögerungen der Zeitpläne und Überschreitungen der Kostenpläne vermieden werden.

Seit den Mehrheitsbeschlüssen von SPD und FDP im Dezember 1978 ist es dem Bundestag vorbehalten, die Betriebsgenehmigung für den SNR 300 zu gewähren oder zu verweigern, unabhängig von der Erfüllung objektiver Genehmigungskriterien. Dieser Genehmigungsvorbehalt hat sich als Hindernis für die verstärkte Beteiligung von Indu-

strie und Elektroversorgungsunternehmen an den exorbitant gestiegenen Kosten des SNR 300 erwiesen. Eine straffe Abwicklung der künftigen Genehmigungsverfahren, bei der die Kosten unter Kontrolle bleiben, sowie eine schnellstmögliche Beseitigung der politischen Vorbehalte sind wesentlich dafür, daß die Industrie wie auch die Elektroversorgungsunternehmen sich in höherem Maße an den Kosten der fortgeschrittenen Reaktorprojekte beteiligen.

Regierung und Regierungsfractionen haben bisher noch nichts Erkennbares unternommen, um den Unternehmern hier die erforderliche Sicherheit zu geben. Es ist unverständlich, daß der Bundesforschungsminister bisher noch nicht die auch nach dem Energiewirtschaftsgesetz erforderlichen Gespräche mit den Bundesländern aufgenommen hat, die über eine Weitergabe der Kosten mitentscheiden.

Nicht nur die Fortführung von SNR 300 und THTR 300 bis zur Inbetriebnahme und zum Betrieb ist notwendig, sondern auch die rechtzeitige Erarbeitung der Anschlußprojekte. Die unverändert kritische Energieversorgungssituation sowie die internationale Verflechtung und die Konkurrenz bei der Entwicklung fortgeschrittener Reaktorlinien verlangen, daß die erforderlichen Entscheidungen unverzüglich getroffen werden.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN 1
POSTFACH 24 49
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Die FDP ist gefordert

Zunächst herrschte einige Verwirrung, als das Ergebnis der Berliner Senatswahl bekannt wurde. Wer wird diese Stadt in Zukunft regieren? Da weder Sozialdemokraten und Liberale gemeinsam noch die CDU allein die dafür notwendige Mehrheit haben, war das eine bange Frage. Aber inzwischen hat sich doch schon einiges geklärt.

Sicher ist, daß die SPD mit ihrem aus Bonn geholten Feuerwehrmann Hans-Jochen Vogel in die Opposition geht. Der Regierende Bürgermeister wird bei Beendigung der Legislaturperiode am 4. Juni den gerade erst angetretenen Posten verlassen. Was er schon vor der Wahl andeutete, hat sich gestern unzweideutig bekräftigt.

Sicher ist ferner, daß Richard von Weizsäcker, Spitzenkandidat der CDU, für das Amt des Regierungschefs kandidieren wird. Das ist sein gutes Recht, das

ist jetzt sogar seine Pflicht. Die Berliner haben ihm mit dem Stimmzettel einen klaren Auftrag erteilt.

Noch nicht ganz sicher ist, wie sich die Freien Demokraten verhalten werden. Sie möchten nicht als Postenjäger und Umfaller erscheinen, aber da nur sie mit der CDU einen soliden Senat bilden können, werden sie sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Schon wenige Stunden nach der Wahl zeichnet sich ab, daß Liberale in Bonn wie in Berlin auf diese Herausforderung die richtige Antwort finden werden.

Kölnische Rundschau, 12. Mai 1981

Die FDP-Bundesspitze wird sich mit Empfehlungen für Berlin außerordentlich zurückhalten, denn Genscher wird nichts unternehmen, was der SPD auch nur einen Vorwand zum Bruch liefern könnte. Es fällt ihm jedoch zusehends schwerer, sich an eine SPD zu binden, die geradezu zielstrebig auf die Grenze ihrer Belastbarkeit zumarschiiert. In der Berliner Wahl sind zwei Parteien, die sich aneinander geklammert haben, miteinander untergegangen.

Süddeutsche Zeitung, 12. Mai 1981

Union In Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Mühlenbach, Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UID